

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landeshauptmann-Stv. Josef Ackerl

am

2. September 2010

zum Thema

**"Wider die Mythenbildung – Fakten zur Altenpflege und
–betreuung aus Oberösterreich"**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Klosterstraße 7 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-115 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Mythen zur Altenpflege und –betreuung

Dieser Sommer diene leider wieder einmal dazu, verschiedene Aspekte der Altenpflege und –betreuung in die öffentliche Diskussion einzubringen und – zum wiederholten Male – vermeintliche Problemursachen festzustellen und Lösungsansätze vorzuschlagen. Gerade heuer sind dabei wieder Mythen im Entstehen, denen das oberösterreichische Sozialressort mit Fakten gegenüberzutreten möchte:

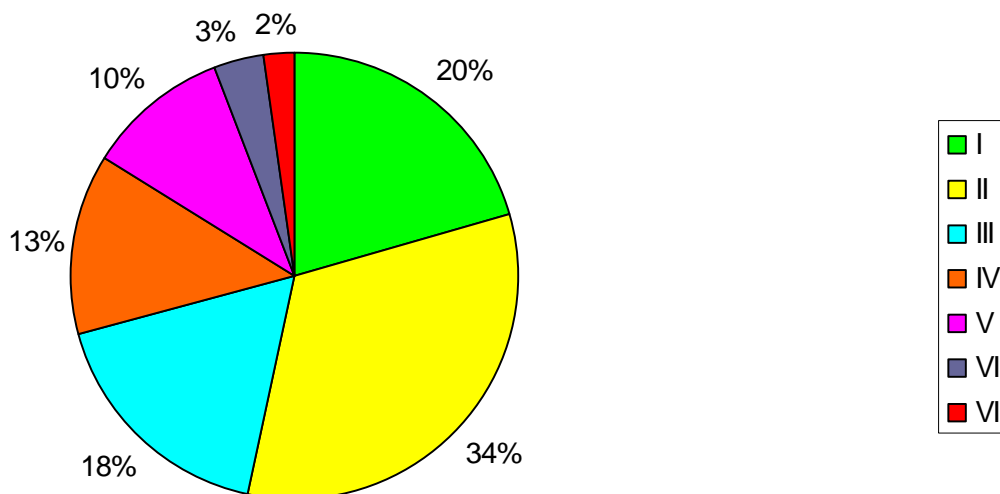
- Mythos 1: Beim Pflegegeld kann gespart werden
- Mythos 2: Der Betreuungskräftemangel kann durch eine "Pflege-Lehre" behoben werden
- Mythos 3: Vor allem die hohen Qualitätsstandards sind ausschlaggebend für die Kostenexplosion
- Mythos 4: Gemeindezusammenlegungen lösen das Problem (u.a. durch die Pflegefinanzierung) geleerter Gemeindekassen
- Mythos 5: Eine Pflegeversicherung ist der Weisheit letzter Schluss

Mythos 1: Beim Pflegegeld kann gespart werden

Mindestens 80 Millionen Euro will die Bundesregierung laut Medienberichten beim Pflegegeld einsparen, diskutiert wird dabei unter anderem, die Pflegegeldstufe 1 zu streichen bzw. die Zugangsbedingungen zu erschweren.

In Oberösterreich beziehen derzeit über 70.000 Personen Pflegegeld des Bundes (60.740) oder des Landes (9.493), davon jede/r Fünfte in der Pflegegeldstufe I und jede/r Dritte in der Pflegegeldstufe II. "Somit befindet sich mehr als die Hälfte aller Pflegegeldbezugspersonen in den beiden niedrigsten Einstufungen!" so Oberösterreichs Sozialreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl.

PflegegeldbezieherInnen in OÖ (70.233) nach Pflegegeldstufen



Einsparungen der Pflegegeldstufe I würden also jede/n fünfte/n Pflegegeldbezieher/in in Oberösterreich betreffen, aber erst in zweiter Linie das Sozialressort oder die Gemeinden. "In den Alten- und Pflegeheimen, wo sich in den letzten Jahren die bei weitem größte Finanzierungslücke aufgetan haben, beziehen nur noch 1,9 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner ein Pflegegeld der Stufe 1", zitiert Ackerl aus der jüngsten Erhebung seines Ressorts über die Alten- und Pflegeheime Oberösterreichs. "Schwer würde es also vor allem für die Betroffenen selbst und/oder aber für die sie pflegenden Angehörigen!"

Widersprüchlich ist der Vorschlag aber vor allem aus zwei Gründen:

- 1) Mit 1. Jänner 2009 trat eine Pflegegeldnovelle in Kraft, mit der der Bund anerkannte, dass die Pflegegeldstufen generell zu gering bemessen sind und insbesondere in den Stufen I und II oftmals Erschwernisse – beispielsweise durch dementielle Erkrankungen – auftreten, die bei der Einstufung viel zu wenig berücksichtigt werden können. Darum kam es erstmals seit Jahren zu einer wirklich deutlichen Erhöhung der einzelnen Pflegegeldstufen, und es wurden auch noch zusätzlich Erschwerniszuschläge eingeführt.

Das Pflegegeld beträgt seit 1. Jänner 2009 (zwölfmal jährlich)
für die Stufe 1: **154,20 Euro** (statt vorher 148,30 Euro, plus vier Prozent)
für die Stufe 2: **284,30 Euro** (statt vorher 273,40 Euro, plus vier Prozent)
für die Stufe 3: **442,90 Euro** (statt vorher 421,80 Euro, plus fünf Prozent)
für die Stufe 4: **664,30 Euro** (statt vorher 632,70 Euro, plus fünf Prozent)
für die Stufe 5: **902,30 Euro** (statt vorher 859,30 Euro, plus fünf Prozent)
für die Stufe 6: **1.242,00 Euro** (statt vorher 1.171,70 Euro, plus sechs Prozent)
für die Stufe 7: **1.655,80 Euro** (statt vorher 1.562,10 Euro, plus sechs Prozent)

Diese nicht einmal zwei Jahre alte positive Erkenntnis und Entwicklung (wobei 2010 eine entsprechende Valorisierung gleich wieder ausblieb, trotz kontinuierlich steigender Kosten) würde durch Einsparungen nun plötzlich ad absurdum geführt.

- 2) Wer 80 Millionen Euro beim Pflegegeld einsparen will, muss übersehen haben, dass dieses jetzt schon bei weitem nicht ausreicht, um die notwendigen Leistungen in diesem Bereich zu finanzieren. Alleine in Oberösterreich betrug der Nettozuschussbedarf der Gemeinden zu den Kosten der Alten- und Pflegeheime – also das, was noch bezahlt werden muss, wenn man von den Ausgaben die Einnahmen durch Pensionen und Pflegegeld abzieht - 123,088.106 Euro. 1994, ein Jahr nach Einführung des Pflegegeldes, waren es noch 17,242.965 Euro. Das Pflegegeld reicht also bei weitem nicht aus, um "eine faire, vergleichbare und umfassende soziale Versorgung für alle, die ihren Alltag nur mit fremder Hilfe bewältigen können"¹ zu sichern – ohne die Zuschüsse aus der Sozialhilfe, also von den Gemeinden, ginge gar nichts.

Mythos 2: Der Betreuungskräfitemangel kann durch eine "Pflege-Lehre" behoben werden

Weniger neu als die Idee von den Einsparungen beim Pflegegeld ist die Idee einer "Pflege-Lehre" nach dem Pflichtschulabschluss, um damit dem Pflege- und

¹ 1993 bis 2008 - 15 Jahre Pflegevorsorge – Bilanz und Ausblick, BM für Soziales, Okt. 2008, S. 7 - Einleitung

Betreuungskräfitemangel entgegenzuwirken. Diese Idee entpuppt sich deshalb als Mythos, weil die Ausgangsanalyse falsch ist.

Tatsächlich zeichnet sich aufgrund verschiedener Ursachen in der jüngeren Vergangenheit wieder ein Mangel an Pflege- und Betreuungspersonal ab, wie er sich auch beim Amtsantritt von Landeshauptmann-Stellvertreter Ackerl als Sozialreferent des Landes Oberösterreich vor mittlerweile beinahe 17 Jahren gezeigt hat. Damals wurde eine Ausbildungsoffensive mit verschiedenen Maßnahmen gestartet, in deren Verlauf über 7.000 Menschen zu Fachkräften für die Altenpflege und –betreuung ausgebildet wurden. Damals wie heute hat sich an den Zugangsbedingungen zur Ausbildung unter anderem ein Punkt nicht geändert: Diese Ausbildung kann aufgrund bundesgesetzlicher Bestimmungen erst mit Vollendung des 17. Lebensjahres begonnen werden. Diese Altersgrenze hat sich seit damals bewährt, weil die Expertinnen und Experten aus der Praxis wissen, dass es ein gewisses Entwicklungsstadium braucht, um den hohen Anforderungen in diesem Berufsfeld gewachsen zu sein. Ähnliche Mindestalterbestimmungen gibt es auch in anderen Bereichen, beispielsweise bei der Zulassung zur Ausbildung zum Flugpiloten.

Der spätere Zugang lässt reiflichere Überlegungen zu und verhindert später größere Fluktuationen: Laut einer Studie, die 2008 vom Sozialressort präsentiert wurde, gibt es in Oberösterreich kaum Personen, die den einmal gewählten Beruf in der Altenpflege und –betreuung wechseln; lediglich Personen, die ihre Ausbildung im Alter bis 25 Jahre begonnen haben, denken häufiger über Alternativen nach. 82 Prozent aller, die nach Ausbildungsbeginn erwerbstätig sind bzw. waren, waren zum Befragungszeitraum der Studie noch immer in der Altenpflege tätig. So sind jene, die ihre Ausbildung bereits 1994 abgeschlossen haben, im Durchschnitt seither 12,6 Jahre erwerbstätig, davon 10,9 Jahre unmittelbar in der Altenfachbetreuung.

Zum Vergleich: Eine Studie des Instituts für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung (IBE) hat festgestellt, dass mehr als die Hälfte der Lehrabsolventen/innen drei bis vier Jahre nach Lehrabschluss nicht mehr im erlernten Beruf arbeitet! Daraus und aus anderen Ergebnissen der Studie lässt

sich eindeutig der Schluss ziehen, dass der Pflegeberuf doch eine gewisse Reife verlangt und als Lehrberuf nur bedingt geeignet ist; von der Altersbegrenzung nach unten abgesehen handelt es sich bei der Ausbildung zur Pflegefachkraft ohnehin um eine duale Ausbildung.

Gegen den Mythos, eine Pflege-Lehre könnte dem Betreuungskräfte-mangel entgegenwirken, spricht – neben dem erörterten fachlichen Widerspruch – vor allem aber die Tatsache, dass ihm eine grundsätzlich falsche Annahme zu Grunde liegt, nämlich dass der Mangel an befähigten Ausbildungsinteressierten und –willigen und in weiterer Folge an ausgebildeten Fachkräften mit der eingeschränkten Zielgruppe zusammenhängt. "Wahr ist aber vielmehr, dass wir weniger an den Rahmenbedingungen für die Ausbildung als vielmehr an den Rahmenbedingungen für die Berufsausübung etwas ändern müssen!" so Ackerl. In der jüngeren Vergangenheit – der letzten Hochkonjunkturphase - hing der Rückgang an Ausbildungsinteressierten mit den nötigen Voraussetzungen unter anderem mit der guten Lage am Arbeitsmarkt und mit dem – in Relation zu anderen Berufswegen – schlechteren Image der Pflegeberufe zusammen. "An vielen Vorstellungen, die dieses Image prägen, können wir arbeiten – und tun dies im Rahmen der Sinnstifterkampagne² gemeinsam mit der ARGE Alten- und Pflegeheime Oberösterreich bereits!" so Ackerl. "Ein wesentlicher Faktor ist aber auch die Bezahlung, die angesichts der menschlichen Herausforderungen und des verlangten Einsatzes eigentlich zu niedrig ist. " Hier muss auf Bundesebene mehr geschehen – und nicht zuletzt bei künftigen Finanzierungsmodellen Berücksichtigung finden.

Mythos 3: Vor allem die hohen Qualitätsstandards sind ausschlaggebend für die Kostenexplosion

In Zeiten leerer werdender Kassen wird mancherorts nicht etwa eine richtige Ursachenanalyse betrieben, um herauszufinden, warum die Kassen leerer werden. Dann würde man nämlich feststellen, dass sich die Ausgaben richtigerweise so entwickeln, wie man das schon seit Jahren vorausgesagt hat, dass aber die Einnahmen entgegen den Prognosen früherer Jahre zurückgehen.

² siehe www.sinnstifter.info

Weil es diese Analyse nicht oder nur wenig gibt, wird auch nicht – oder nur wenig – darüber nachgedacht, wie man die Einnahmen steigern könnte, sondern bei den – ich wiederhole: erwartungsgemäß eingetroffenen – Ausgaben herumgedoktert. Weil man pflegebedürftige Menschen nicht wegrationalisieren kann, werden die Qualitätsstandards in der Pflege in Augenschein genommen, um festzustellen, ob man dort nicht sparen könnte.

Bei diesen Qualitätsstandards sind zweierlei zu unterscheiden: bauliche Standards und Kriterien für den Personaleinsatz, insbesondere der Mindestpflegepersonalschlüssel.

Die baulichen Qualitätsstandards wurden nach Jahrzehnten des Wegschauens und Stillstands 1996 vom damaligen Sozial-Landesrat Josef Ackerl geändert, der – gemeinsam mit Expertinnen und Experten – festgestellt hat, dass eine menschenwürdige Pflege nur im richtigen räumlichen Rahmen stattfinden kann. Darum wurden die Standards für den Alten- und Pflegeheimbau so festgelegt, dass Heime entstehen konnten, die den Vorstellungen entsprachen, wie der Mensch auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit leben will und soll. Dazu gehört unter anderem ein eigenes Zimmer, wenn man alleine ist, mit eigenem Bad und WC. "An diesen Standards werde ich nicht rütteln lassen, die Entwicklungen und Wünsche der Bewohnerinnen und Bewohner geben mir recht!" so Ackerl. Bei der Weiterentwicklung der Heimstandorte wurde auf kleinere, dafür noch wohnortnähere Einheiten geachtet. In einer Befragung von Heimbewohner/innen³ – in der Regel Angehörige oder ehemalige Nachbarn/innen – gaben dadurch auch mehr als drei Viertel der Besucher/-innen an, dass sie das besuchte Heim innerhalb von 30 Minuten erreichen können. Deshalb finden diese Besuche bei 85 Prozent auch mindestens wöchentlich statt – ein Dienst an der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner.

Der zweite wesentliche Qualitätsstandard ist der Mindestpflegeschlüssel, der einmal festlegt, wie viel Personal je Pflegebedürftigkeit (Pflegegeldschlüssel) eingesetzt werden muss und wie die fachliche Zusammensetzung dieses Personals (Diplomkrankenpflegekräfte, Fachsozialbetreuung Altenarbeit,

³ Angehörigen-/BesucherInnenbefragung in öö. Alten- und Pflegeheimen 2009

Heimhilfe) auszusehen hat. "Auch dabei geht es um die schlichte Frage: wie wollen wir im Alter leben und gepflegt werden, und was erwarten auch die Angehörigen, die sich vor dem Heimaufenthalt meist aufopfernd und 24 Stunden um die Pflegebedürftigen gekümmert haben!" so Ackerl. Die hohe bauliche und personelle Qualität wird von den Besucherinnen und Besuchern in der bereits zitierten Befragung deshalb auch gut bewertet: 55,6 Prozent bewerteten die besuchten Heime mit der Bestnote Sehr Gut, weitere 31,7 Prozent mit Gut, nur 1 Prozent befand die Heime als Schlecht, nur 0,3 Prozent als Sehr Schlecht. "Zum gleichen Ergebnis kommen wir auch, wenn wir die Ergebnisse der Qualitätskontrolle durch die Heimaufsicht des Landes betrachten!" so Ackerl. "In den Jahren 2008 und 2009 sind bei der Heimaufsicht insgesamt lediglich 18 Beschwerden eingegangen – und das bei ca. 15.000 Bewohnerinnen und Bewohnern in den Heimen während eines Jahres!"

Wesentlich verantwortlich für die gut bewertete und kaum beanstandete Lebensqualität in den Heimen ist eben das dort eingesetzte Personal – das aber natürlich gleichzeitig der größte Kostenfaktor ist. Grund für den zunehmenden Personalbedarf sind aber nicht hochgeschraubte Qualitätskriterien, sondern die unbeeinflussbare zunehmende höhere Pflegebedürftigkeit der Heimbewohnerschaft.

"Interessanterweise wird aber selbst in Krisenzeit zunehmender Personalbedarf und –einsatz im Sozialbereich als reine Belastung gesehen, während Wirtschaftsförderungen für Betriebe zur Standort- und Personalsicherung als normal gesehen werden!" so Ackerl. "Dabei spielen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Alten- und Pflegeheimen einen wesentlichen Faktor im Wirtschaftsstandort Oberösterreich!" 2009 waren in den 117 Alten- und Pflegeheimen in Oberösterreich insgesamt 8.964 Personen beschäftigt (davon 6.332 im Pflegebereich). "Wir spielen damit in einer Liga mit der Voest Alpine Stahl GmbH., bzw. haben beispielsweise mehr als drei Mal so viele Beschäftigte wie die BMW Motorenwerke in Steyr⁴!" betont Ackerl. Darin noch nicht eingerechnet sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mobilien Dienste, die in

⁴ www.tmg.at/top500: voest alpine stahl gmbh. Beschäftigte 2009 gesamt 10.034; BMW Motoren GmbH. Steyr Beschäftigte 2009 gesamt 2.506

der jüngeren Vergangenheit bei weitem stärker ausgebaut wurden als der stationäre Bereich: 8 Prozent mehr Heimplätzen in den vergangenen 15 Jahren steht eine Verdreifachung der Hausbesuche durch Mobile Betreuung und Hilfe oder Hauskrankenpflege gegenüber. "Darin steckt die wahre Ursache für die Kostensteigerungen in der Altenpflege und -betreuung, nicht in den Qualitätsstandards bei Bau und Betrieb von Heimen!" so Ackerl. Die hohe Beschäftigung zeitigt dazu natürlich positive volkswirtschaftliche Effekte, bleiben doch die ausbezahlten Gehälter in der Region, wird durch den Einkauf von Sachgütern und Lebensmittel Wertschöpfung in Oberösterreich geschaffen. "Jeder Euro, der in die Heime fließt, kommt den Regionen Oberösterreichs zugute, es stellt sich die Frage, ob das auch jedem Euro, der seitens der öffentlichen Hand in Banken oder Unternehmen gesteckt wird, behauptet werden kann!" so Ackerl. "Und es stellt sich einmal mehr die Frage: wollen wir uns normale Lebensqualität im Alter und bei Pflegebedürftigkeit leisten, wollen wir einen hohen Beschäftigungsgrad, wollen wir dadurch gesicherte Wertschöpfung in der Region? Dann müssen wir uns auch fragen: Was ist uns das wert?"

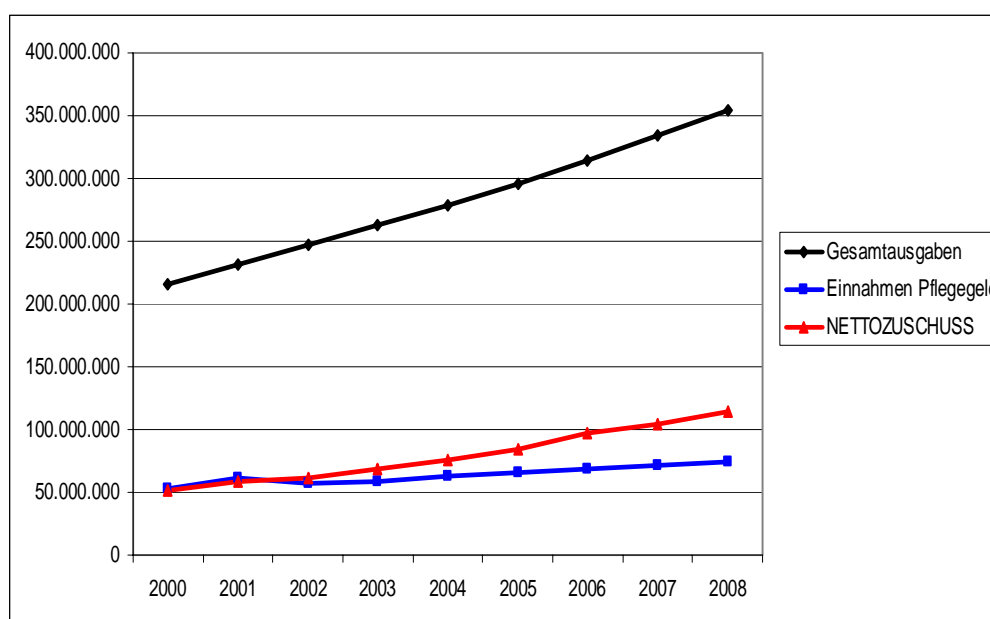
Mythos 4: Gemeindezusammenlegungen lösen das Problem (u.a. durch die Pflegefinanzierung) geleerter Gemeindekassen

Ein weiterer Mythos dieses Sommers, der durch noch so viele Wiederholungen nicht richtiger wird, ist der Mythos des großen Sparpotenzials in der Zusammenlegung von Gemeinden. "Ich bin gegen Gemeindezusammenlegungen durch Zwang, weil das Gemeinden und ihre Bevölkerung selbst entscheiden sollen!" so Ackerl. "Vor allem aber bin ich dagegen, dass der Bevölkerung vorgetäuscht wird, durch Gemeindezusammenlegungen ließen sich die Finanzprobleme der öffentlichen Hand lösen!"

Eine Zusammenlegungsdiskussion wurde beispielsweise den Gemeinden Peuerbach, Bruck-Waasen und Steegen angedichtet. "Wir haben uns die Entwicklungen dieser Gemeinden im Zeitraum 2000 bis 2008 angesehen," so Ackerl. In dieser Zeit sind die Personalkosten der drei Gemeinden – also das, worin in einer Zusammenlegung ein Einsparungspotenzial gesehen werden könnte – um rund 39 Prozent gestiegen. Die Zahlungen an den

Sozialhilfeverband – also der Beitrag der Gemeinden u.a. auch zur gemeinsamen Organisation der Pflegevorsorge im Bezirk – sind im gleichen Zeitraum um rund 91 Prozent gestiegen. Die Einnahmen aus Bundesertragsanteilen sind im gleichen Zeitraum nur um 37,2 Prozent gestiegen.

"Fakt ist: Die Ausgaben der Gemeinden nehmen aufgrund der Entwicklungen in ihrem Aufgabenbereich – beispielsweise die nicht beeinflussbare zunehmende Pflegebedürftigkeit – zu, die Einnahmen aus den Bundessteuern halten nicht mit dieser Ausgabenentwicklung mit!" so Ackerl. "Die Herausforderungen der Altenpflege und -betreuung werden darüber hinaus in Oberösterreich ja schon lange nicht mehr von jeder der 444 Gemeinden für sich angegangen, sondern von nur 18 regionalen Trägern sozialer Hilfe organisiert – die aber auch an der unbefriedigenden Finanzierungspraxis zu scheitern drohen!"



Der Vergleich mit Ländern wie Dänemark hinkt obendrein: Ausschlaggebend ist richtigerweise ja nicht irgendeine Zahl von Gemeinden, sondern die damit in Verbindung gebrachte Beschäftigung im öffentlichen Bereich. Der Anteil der öffentliche Bediensteten an der Gesamtbeschäftigung beträgt laut "Bürgermeisterzeitung"⁵ in Österreich 12,6 Prozent, in Dänemark 29,6 Prozent. "Trotz deutlich weniger Gemeinden hat Dänemark also einen mehr als doppelt so

⁵ Bürgermeisterzeitung 7-8/2010, Infokasten S. 17, Grundlagen: WIFO, Gemeindefinanzbericht 2009

hohen Anteil an öffentlich Bediensteten – und eine entsprechende Steuerquote zur Finanzierung!" so Ackerl.

Mythos 5: Eine Pflegeversicherung ist der Weisheit letzter Schluss

Da das eingesetzte Pflegegeld nicht reicht, kommt von mancher Seite der Vorschlag, eine Pflegeversicherung müsse her, um Einnahmen zu erschließen, aus denen die Pflegeangebote finanziert werden könnten. Auch hier tut Widerspruch Not, einmal, weil die Befürworter dieser Lösung in sich widersprüchlich sind, ein weiteres Mal, weil dadurch jene weiter belastet würden, die bereits jetzt den Großteil des Sozialstaates finanzieren.

- 1) Interessanterweise stimmt die Gruppe jener, die jetzt lauthals für eine Pflegeversicherung eintreten – durch die in einer Art Umlageverfahren die künftig möglicherweise in Anspruch genommenen Pflegeleistungen finanziert werden sollen – großteils mit jener Gruppe überein, die seit Jahren den Kollaps der öffentlichen Pensionsversicherung das Wort redet. "Hier ist eine Entscheidung gefragt: entweder entschließt man sich dafür, dass öffentliche Versicherungssysteme und das Umlageverfahren nachhaltig sicher sind – dann sollte man nicht weiter das Pensionssystem schlechtreden. Oder aber man bleibt bei der Überzeugung, das Umlageverfahren funktioniert nicht, die Privatvorsorge muss weiter forciert werden und die heutige Jugend soll sich von dem Gedanken an eine Pension, wie sie Oma und Opa haben, verabschieden – dann aber sollte man auch so konsequent sein und nicht mit einer Pflegeversicherung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern noch ein paar Zehntelprozentpunkte mehr vom ohnehin meist zu geringen Lohn abziehen!" so Ackerl.
- 2) "Der dargestellte Widerspruch an sich sollte bereits reichen, um den wahren Hintergrund der Forderung nach einer Pflegeversicherung zu offenbaren: `wenn wir schon mehr Geld brauchen, dann aber bitte nicht von denen, die am meisten haben`!" so Ackerl weiter. Aus diesem Grund lehnt Ackerl eine Pflegeversicherung auch ab: "Ich fordere einen Pflegefonds, der aus Steuern gespeist wird, die von jenen geholt werden, die bisher nichts oder viel zu wenig zu unserem gesellschaftlichen Gemeinwohl beitragen außer glitzernde

Bilder in den Seitenblicken oder Adabei-Kolumnen!" Große Vermögen ab einer Million Euro können durch einen geringen individuellen Beitrag so viel beitragen, dass eine nachhaltige und ausreichende Finanzierung der öffentlichen Pflegevorsorge gewährleistet werden kann.

Fazit:

Denkt man die absurden Vorschläge dieses Sommers durch, ergibt sich im Extremfall folgendes Bild: Eine Angestellte zahlt künftig von ihrem Gehalt einen Beitrag in eine Pflegeversicherung, der bereits dafür hergenommen wird, um etwaige Pflegeleistungen für die Mutter der Angestellten zu bezahlen. Da das Pflegegeld für die zu Hause lebende Mutter aber gestrichen wurde, zahlt die Angestellte jetzt doppelt drauf. Möglicherweise bemüht sie sich daher um einen Heimplatz für die Mutter, in der diese dann von einem 15jährigen Lehrling gegen geringe Lehrlingsentschädigung betreut und gepflegt wird. Der Druck auf die Heime wird dadurch aber so groß, dass selbst durch Mehrbettzimmer dem Bedarf nicht nachgekommen werden kann. Die zusammengelegten Gemeinden sehen sich nach wie vor außerstande, mehr Heime zu errichten oder deren Betrieb zu finanzieren.

"Möglicherweise ein absurdes Szenario, aber wehren wir lieber den Anfängen!" so Ackerl abschließend. "Wir haben ein qualitativ hochwertiges System der Altenpflege und -betreuung, das uns allen ein menschenwürdiges Altern – auch im Falle der Pflegebedürftigkeit – ermöglicht. Reden wir es nicht kaputt, nur weil einige Spekulanten den Hals nicht voll genug kriegen können und sich die Millionärinnen und Millionäre nach wie vor nicht an jenem Staat beteiligen wollen, der ihnen aber doch erst durch Straßen, Sicherheitskräften, Spitälern und anderer zur Verfügung gestellter Infrastruktur den richtigen Genuss ihres Reichtums ermöglicht!"